



WORTPROTOKOLL

**der 16. Sitzung der
XIX. Gesetzgebungsperiode
des
Burgenländischen Landtages**

Donnerstag, 23. November 2006

18.37 Uhr - 19.34 Uhr

Tagesordnung

Erklärung des Herrn Landesfinanzreferenten, Landesrat Helmut Bieler, zur Regierungsvorlage über den Landesvoranschlag für das Jahr 2007

Inhalt

Landtag

Mitteilung des Einlaufes (S. 2086)

Landesregierung

Budgetrede des Landesfinanzreferenten, Landesrat Helmut **B i e l e r** (S. 2086)

Zuweisung des Einlaufes (S. 2103)

Beginn der Sitzung: 18 Uhr 37 Minuten

Präsident Walter Prior: Ich eröffne die 16. Sitzung des Burgenländischen Landtages. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Ich ersuche nun den Herrn Schriftführer Pongracz um Verlesung des Einlaufes.

Bitte Herr Abgeordneter.

Mitteilung des Einlaufes

Schriftführer Gerhard Pongracz: Einlauf für die 16. Sitzung des Burgenländischen Landtages am Donnerstag, dem 23. November 2006.

Von der Landesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

1. Beschlussantrag über den Landesvoranschlag für das Jahr 2007 (Zahl 19 - 209) (Beilage 327);
2. Beschlussantrag über die Kenntnisnahme der 1. Fortführung des Finanzplanes für das Burgenland für die Jahre 2006 bis 2010 (Zahl 19 - 210) (Beilage 328).

Präsident Walter Prior: Danke Herr Abgeordneter! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Zuweisungen werde ich nach der Budgetrede des Herrn Landesfinanzreferenten, Landesrat Helmut Bieler, vornehmen.

Ich gebe nun die Tagesordnung der heutigen Sitzung bekannt:

Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung befindet sich nur ein Punkt, und zwar ist dies die Erklärung des Herrn Landesfinanzreferenten, Landesrat Helmut Bieler, zur Regierungsvorlage über den Landesvoranschlag für das Jahr 2007.

Wird gegen die Tagesordnung ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall.

1. Punkt: Erklärung des Herrn Landesfinanzreferenten, Landesrat Helmut Bieler, zur Regierungsvorlage über den Landesvoranschlag für das Jahr 2007

Der 1. und einzige Punkt der Tagesordnung betrifft die Erklärung des Herrn Landesfinanzreferenten, Landesrat Helmut Bieler, zur Regierungsvorlage über den Landesvoranschlag für das Jahr 2007.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! „Das Budget ist das Schicksalsbuch der Nation.“ Diese Worte von Finanzminister a.D. Dr. Hannes Androsch haben für den Landesvoranschlag genauso Gültigkeit wie für den Bundshaushalt.

Dieses „Schicksalsbuch“, das ich Ihnen heute vorlege, ist das Arbeitsprogramm der Landesregierung für das kommende Jahr 2007. Inhaltlich reicht es von der Kofinanzierung der beginnenden Phasing Out-Periode 2007/2013 bis hin zu den strukturellen Veränderungen, die zu einer schlankeren und effizienteren Verwaltung führen sollen.

Gemeinsam haben wir auf der Regierungsbank und Sie im Plenum in den vergangenen Jahren wichtige Weichen für eine erfolgreiche Weiterentwicklung unseres Landes gestellt. Große Projekte wurden begonnen und zum Teil auch schon umgesetzt.

Der heute vorliegende Landesvoranschlag 2007 soll uns befähigen, diese Arbeit fortzusetzen. Dadurch können wir das Burgenland als eine Region im Herzen Europas positionieren, die getragen ist von einem Miteinander der hier lebenden Volksgruppen, einer aufstrebenden Wirtschaft, einer hohen Lebensqualität für die Menschen und einem unverwechselbaren Angebot für unsere Gäste.

Unser Land hat in den letzten zehn Jahren sehr viel vom Ziel 1-Status profitiert. Wir haben es trotz mancher Schwierigkeiten geschafft, die dafür notwendige Kofinanzierung aufzubringen. Dadurch wurde ein Aufschwung geschafft, von dem viele profitiert haben. Ich sehe das Erreichte als eine sehr gute Basis für die künftige Entwicklung unseres Burgenlandes.

Die Anerkennung als Ziel 1-Gebiet war ein Schritt von historischer Bedeutung. Die Ziel 1-Gelder waren der Motor für die Modernisierung des Landes und für die tief greifende Erneuerung der wirtschaftlichen Strukturen im Land.

Mit Fug und Recht kann man sagen, dass die vergangenen elf Jahre die erfolgreichste Ära in der Geschichte unseres Heimatlandes waren. Aber das hat nicht nur mit dem Ausmaß der EU-Fördermittel zu tun.

Entscheidend war es nämlich, dass wir diese Chance genutzt haben, die Fördergelder durch die entsprechende Kofinanzierung ausgelöst, gute Programme ausgearbeitet und gemeinsam mit einer ganzen Reihe von innovativen Projekten professionell umgesetzt haben.

Wir haben mit Hilfe der Ziel 1-Gelder Wirtschaftsparks errichtet und ausgebaut, moderne und innovative Betriebe im Burgenland angesiedelt, sowie wichtige Leitprojekte in den Wirtschaftsparks realisiert.

Letztendlich sind es auch die touristischen Investitionen, die dem Urlaubsland Burgenland ein neues Gesicht gegeben haben. Mit den Thermal- und Wellnessanlagen wurde im Süden und in der Mitte des Landes ein ganzjähriges Angebot geschaffen. Ein Angebot, das es ermöglicht hat, im vergangenen Jahr erstmalig in der Geschichte mehr als 2,5 Millionen Nächtigungen zu erreichen.

Es hat sich gezeigt, dass diese Leitprojekte Impulse für die gesamte Region gebracht haben, wovon auch das wirtschaftliche Umfeld enorm profitiert hat. Eine entsprechend verstärkte Förderung der Klein- und Mittelbetriebe brachte einen Aufschwung der Wirtschaft und neue Arbeitsplätze mit sich.

Hohes Haus! Die erfolgreiche Ziel 1-Umsetzung im Burgenland ist aber auch anhand von Zahlen, Daten und Fakten ablesbar. Zahlen, die zeigen, dass sich das Burgenland in sehr vielen Bereichen überdurchschnittlich gut entwickelt hat.

Punkt 1 – die Beschäftigtenzahlen: Im Zeitraum 2000 bis 2005 wurden jährlich rund 1.000 zusätzliche Arbeitsplätze im Land geschaffen. Das ist ein Plus von mehr als sechs Prozent, während es im Österreichschnitt ein Plus von drei Prozent gegeben hat. Im Juli

dieses Jahres wurde erstmalig in der Geschichte des Landes die Schallmauer von 90.000 Beschäftigten durchbrochen.

Punkt 2 ist das Wirtschaftswachstum: Laut Statistik Austria konnte das Burgenland von 1995 bis 2003 sein Bruttoregionalprodukt von 3,8 Milliarden Euro auf 5,4 Milliarden Euro steigern. Das entspricht einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate von 4,3 Prozent. Damit ist das Burgenland Wachstumsspitzenreiter.

In der ersten und zweiten Ziel 1-Periode war es eine ganz klare Zielsetzung, die wirtschaftlichen Disparitäten zwischen den Regionen im Land, zwischen dem Norden, dem Mittel- und Südburgenland abzubauen. Hier sind wir ein gutes Stück vorangekommen.

Im Zeitraum 1995 bis 2003 weist das Mittelburgenland durchschnittlich eine jährliche Wachstumsrate von 5,6 Prozent auf und führt damit das Ranking aller 35 österreichischen Regionen an. Das Südburgenland liegt mit 4,4 Prozent an vierter Stelle, das Nordburgenland mit 3,8 Prozent an der sechsten Position. In der Mitte und im Süden des Landes hat es also einen weit stärkeren Aufholprozess gegeben als im Norden. Diese Dynamik werden wir fortsetzen, indem wir auch weiterhin mit voller Kraft an der Modernisierung des Landes arbeiten. *(Beifall bei der SPÖ)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Für die Phasing Out-Periode haben wir ebenfalls konkrete Ziele: Wir wollen bis 2013, bis zum Ende der nächsten Förderperiode 100.000 Arbeitsplätze im Land anbieten können. Im Tourismus sind drei Millionen Nächtigungen das Ziel. Eine fast visionäre Zielsetzung ist es aber, das Burgenland zu einer energieautarken Region zu machen.

All diesen Zielsetzungen wird im Phasing Out-Programm, das bereits erarbeitet wurde, Rechnung getragen. Ursprünglich wurden dem Burgenland für das Phasing Out EU-Gelder im Ausmaß von 158 Millionen zugesichert. Dem Einsatz von Landeshauptmann Niessl ist es zuzuschreiben, dass eine Indexanpassung vorgenommen wurde. Damit erhält das Burgenland um 19 Millionen mehr, also 177 Millionen Euro. Insgesamt wird es dadurch – mit den Fördergeldern des Bundes und des Landes – Mittel in der Höhe von zirka 446 Millionen Euro geben. Hinzu kommen noch Fördergelder im ELER in der Höhe von rund 440 Millionen Euro, sowie weitere rund 39 Millionen Euro für die „Territoriale Zusammenarbeit“. In Summe ergibt das die gewaltige Summe von rund 925 Millionen Euro.

Im direkten Vergleich der Ziel 1-Periode zum Phasing Out stellen sich die Gesamtmittel im außerordentlichen Haushalt so dar, dass abzüglich der fünfprozentigen Vorfinanzierung der EFRE-Mittel eine Million Euro effektiv mehr vom Land kofinanziert werden und damit für Förderungen zur Verfügung stehen.

Das Phasing Out-Programm der Planungsperiode 2007-2013 gliedert sich in mehrere Schwerpunkte. Die Zielsetzung im EFRE ist die Unterstützung wettbewerbsfähiger Strukturen, insbesondere durch Verankerung einer informations- und wissensbasierten Ökonomie sowie Sicherung regionaler Impulsinvestitionen. Das klingt sehr technisch und spröde, bedeutet aber nichts anderes, als dass auch in Zukunft auf die Förderung von wettbewerbsfähigen und regionalwirtschaftlichen Strukturen gesetzt wird. Hier sind Fördermaßnahmen für den Bereich Gewerbe und Industrie inkludiert.

Eine weitere Zielsetzung ist dem Bereich „Infrastruktur und nachhaltige Standortentwicklung“ als auch dem Abschnitt „Tourismus und Freizeitwirtschaft“ gewidmet.

Im ESF wird die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit des Burgenlandes durch die Unterstützung von Beschäftigung und Qualifizierung der Arbeitskräfte unter Berücksichtigung der Chancengleichheit angestrebt. Der Förderung von Humanressourcen, Aus- und Weiterbildung wird im Rahmen des Phasing Out-Programms angesichts der verschärften Wettbewerbsbedingungen auf dem Arbeitsmarkt ein höheres Augenmerk beigemessen, als es in der zweiten Ziel 1-Periode der Fall war.

Die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft, die Verbesserung der Umwelt und der Landschaft sowie die Steigerung der Lebensqualität im ländlichen Raum ist das erklärte Ziel des Programms ELER - zur Entwicklung des ländlichen Raumes.

Neu für das Burgenland ist im Bereich der „Territorialen Zusammenarbeit“, vormals INTERREG IIIA, neben den Beteiligungen an den Programmen Österreich-Ungarn und Österreich-Slowakei nun jene am Programm Österreich-Slowenien. Die Entwicklung von grenzübergreifenden wirtschaftlichen, sozialen sowie ökologischen Tätigkeiten, für eine nachhaltige territoriale Entwicklung, entspricht der Zielsetzung der zugeordneten Prioritäten.

Die Nachfolge von INTERREG IIIB und IIIC haben die „Transnationale Kooperation“ sowie die „Interregionale Kooperation“ angetreten. Das übergeordnete Ziel ist hier der Netzwerkaufbau zwischen den Regionen, der gemeinsame Aktionen der Regionalpolitik fördern soll.

Waren die letzten Jahre in wesentlichen Bereichen von einem enormen Aufholprozess geprägt, so wollen wir jetzt das Burgenland als moderne, wettbewerbsstarke Zukunftsregion im Herzen des neuen Europa positionieren.

Hohes Haus! Die weltweit günstige Konjunkturlage ließ auch in Österreich bereits im zweiten Halbjahr 2005 einen Wirtschaftsaufschwung in Gang kommen, der sich heuer deutlich beschleunigte. Von der Außenwirtschaft gingen die Wachstumskräfte auf die Investitionsnachfrage über und verstärken so die Nachhaltigkeit der Aufwärtsentwicklung.

Im Jahr 2005 betrug das Wirtschaftswachstum zwei Prozent. Für das Jahr 2006 wird es auf Grund der guten Konjunktur voraussichtlich möglich sein, eine Wachstumssteigerung von 3,1 Prozent zu erreichen. Dieser Wert läge weit über dem vor einem Jahr prognostizierten Wert von 1,8 Prozent. Die Aussichten für 2007 sind derzeit von großen Unsicherheiten über die Entwicklung der geopolitischen Lage und die Reaktionen der Wirtschaftspolitik darauf geprägt und deshalb noch sehr vage. Für das kommende Jahr rechnet das WIFO gegenwärtig mit 2,5 Prozent Wirtschaftswachstum.

Einen wichtigen Aspekt der Prognose bildet der Arbeitsmarkt. Die Löhne und Gehälter blieben in den letzten Jahren hinter dem nominellen Wachstum des BIP zurück. Für das Jahr 2006 ist durchschnittlich eine Zunahme der Bruttoverdienste pro Kopf von 2,8 Prozent festzustellen. Für 2007 rechnet man mit einer durchschnittlichen Zunahme der Bruttoverdienste von 2,5 Prozent. Diese Entwicklung ist einerseits ein wichtiger Anhaltspunkt für die Entwicklung der Lohnsteuereinnahmen, andererseits aber auch für den Personalaufwand je Beschäftigtem.

Die Arbeitslosenrate wird in Österreich etwas absinken und nach EU-Definition (Eurostat) im Jahr 2007 etwa fünf Prozent betragen. Nach nationaler Definition des AMS wird die Arbeitslosenrate in diesem Zeitraum bei zirka 6,8 Prozent liegen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Eine wichtige Voraussetzung für die Erstellung des Landesvoranschlages ist die Kostenaufteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden im Finanzausgleich.

In den vergangenen Jahren hat dieser Finanzausgleich eine eindeutige Schiefelage zu Ungunsten von Ländern und Gemeinden eingenommen. Aufgaben, für die früher der Bund zuständig war und diese auch finanziert hat, wurden teilweise oder gänzlich auf die Länder abgewälzt. Die Bereitstellung der dafür nötigen Finanzmittel ist der Bund jedoch weitgehend schuldig geblieben.

Die Landeshauptleute und die Landesfinanzreferenten haben daher in einem Katalog über die finanziellen Forderungen der Länder an eine neue Bundesregierung grundsätzlich festgehalten, dass auf Basis der Finanzverfassung eine bestandsfeste, sachgerechte Aufteilung der Finanzmittel den Aufgaben entsprechend sicher zu stellen ist.

Der Finanzausgleich ist auf Grundlage gleichberechtigter Partner aufgabenorientiert zu regeln und somit neue Aufgabenübertragungen an die Länder nur unter der Voraussetzung einer unkündbaren, dauerhaften, indexierten und die dynamische Entwicklung berücksichtigenden Finanzierung erfolgen können.

Die ausgabendynamischen Bereiche Krankenanstalten, Soziales und Fachhochschulen stechen besonders hervor. Im Bereich der Krankenanstaltenfinanzierung fordern die Länder die Aufhebung der Deckelung der Bundesbeiträge und der Sozialversicherung, deren sachgerechte Indexierung sowie die Berücksichtigung der Bevölkerungsentwicklung und des medizinischen Fortschrittes.

Aus Sicht der Länder ist die geforderte Überlassung der tatsächlichen Mehreinnahmen aus der Erhöhung der Tabaksteuern unabdingbar für die Sicherung der Krankenanstaltenfinanzierung.

Durch die demographische Entwicklung in Österreich, sowie die stark anwachsende Zahl der armutsgefährdeten Menschen in unserem Land, ergeben sich enorme Auswirkungen auf den Sozialbereich. Hier ist eine laufende Valorisierung des Pflegegeldes ebenso erforderlich wie eine Regelung des Heizkostenzuschusses.

Der Bereich der Fachhochschulen hat sich seit 12 Jahren sehr rasch weiterentwickelt. In der gleichen Zeit sind die Beitragsleistungen des Bundes jedoch gleichgeblieben. Eine Anpassung und Valorisierung der Fixbeiträge des Bundes ist daher mehr als erforderlich.

Eine weitere Forderung betrifft die Außerstreitstellung der Wohnbauförderung. Für die kommenden FAG-Perioden soll sowohl hinsichtlich des Zweckzuschusses als auch der Bedarfszuweisungen zumindest in der derzeitigen Höhe eine entsprechende Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG getroffen werden.

Ebenso soll eine 15a-Vereinbarung über 2008 hinaus im Zusammenhang mit der Verlängerung der Bundesstraßen eine langfristige Absicherung und Valorisierung der Finanzmittel gewährleisten.

Die tatsächlichen Verhältnisse bei der EU-Beitragsfinanzierung haben sich seit der Bund-Länder-Vereinbarung 1995 wesentlich zugunsten des Bundes verschoben. So ist der EU-Beitrag 2005 gegenüber 1995 bei den Ländern um 25 Prozent und bei den Gemeinden um 27 Prozent höher, während er beim Bund lediglich um zehn Prozent gestiegen ist.

Außerdem haben sich die vom Finanzministerium jährlich geschätzten Zahlungserfordernisse der Länder in bisher jedem Jahr in einem teilweise beträchtlichen Ausmaß als zu hoch erwiesen. Durch die Abrechnung des Länder-EU-Beitrages erst mit der Ertragsanteile-Zwischenabrechnung im März des Folgejahres haben die Länder einen nicht unerheblichen Zinsnachteil.

Die Länder fordern daher, dass künftig die monatlichen Einbehaltungen der Ertragsanteile auf einem Niveau erfolgen soll, das der gegebenen Entwicklung Rechnung trägt.

Hohes Haus! Um das gemeinsame Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes erreichen zu können, ist eine Erhöhung auf der Einnahmenseite ebenso erforderlich, wie ausgabenseitige Einsparungen. Hier wollen wir Neues umsetzen. Das bedeutet eine Bündelung der Kräfte, die wir unter anderem durch die Verwirklichung verschiedener Reformmaßnahmen, wie sie zum Teil in der Regierungsvereinbarung festgelegt wurden, erreichen wollen.

Unser Ziel, einen ausgeglichenen Haushalt ohne neue Schulden zu erreichen bedeutet, dass bei einer Steigerung der Ausgaben alle Einsparungspotentiale in der Verwaltung und im Betrieb zu nutzen sind.

„Neues umsetzen“ heißt daher, auch Maßnahmen für eine schlankere und effizientere Verwaltung setzen. Vor etwa einem Jahr habe ich an dieser Stelle die Reformvorhaben skizziert. Seitdem ist viel gearbeitet und erreicht worden.

Die ersten Schritte zur Umsetzung der Bildungsdirektion wurden bereits in diesem Hohen Haus beschlossen. Konkret wurde durch eine Änderung des Landeslehrer-Diensthoeheitsgesetzes die Verwaltung der Pflichtschullehrer zusammengeführt. Das heißt, dass nun für alle Lehrer der Landesschulrat zuständig ist.

Eine Änderung gab es auch beim Kindergartengesetz. Dadurch gehen die pädagogische Kindergartenaufsicht und die Zuständigkeit für die Assistenzkindergärtnerinnen ebenfalls an den Landesschulrat über.

Schlankere Strukturen in der Schulverwaltung sollen Zuständigkeiten bündeln. Durch eine zentrale erstinstanzliche Bildungsbehörde werden Doppelgleisigkeiten und Mehrfachkompetenzen beseitigt. Damit verbunden sind klare Strukturen, die Konzentration von Aufgaben, mehr Effizienz, die Optimierung des Ressourceneinsatzes.

Mit der Umsetzung der Reorganisation der technischen Abteilungen sollen im Bereich des Straßen-, Wasser- und Güterwegebauwes sinnvolle Strukturen geschaffen werden, die von Wirtschaftlichkeit und Wirkungsorientierung getragen sind. Dadurch könnte eine umfassende organisatorische Bündelung des Verwaltungsgeschehens und die Zusammenführung in eine technische Abteilung erfolgen. Die Zielsetzung für das Land muss aber die effektivste, leistungsorientierteste und kostengünstigste Variante darstellen.

Mit der Neuorganisation der Strukturen und Prozesse sollen auch eine Neudefinition der Aufgaben, sowie eine Neugestaltung und eine Weiterentwicklung der Steuerungsinstrumente einhergehen. Das Festlegen zentraler Leistungs- und Qualitätsstandards gehört ebenso zu einer Steigerung der Effizienz und Effektivität wie das Bemessen des Personal- und Fuhrparkbedarfs.

Grundsätzlich müssen überall Synergien genutzt werden. In den Bereichen Bauhöfe, Rechnungswesen, Personalbewirtschaftung, Maschinen- und Gerätebeschaffung, -betreuung und -verwendung, Planung und Vermessung sowie Liegenschaftsverwaltung sollen einheitliche Strukturen geschaffen werden.

Die Zusammenführung der Strukturen der drei Abteilungen in einer Organisationseinheit, hätte den Vorteil, dass Synergien ohne Mehrkosten besser genutzt werden könnten. Ein einheitliches Rechnungswesen und Controlling, sowie die Chance auf dezentrale Ressourcenverwaltung wären möglich.

Im Bereich der EDV wurde eine IT-Assessment durchgeführt, um Defizite in der aktuellen Leistungserbringung und bei Kosteneinsparungspotentialen, sowie entsprechende Verbesserungsvorschläge zu erheben.

Diese Untersuchungen haben gezeigt, dass künftig zwei Varianten einer künftigen IT Ausrichtung sinnvoll erscheinen. Demnach soll diskutiert werden, ob eine Verbesserung der Qualität mit bestehenden Ressourcen vorzunehmen oder mit externen Partnern besser zu erreichen ist.

Damit ist eine Basis geschaffen, die es ermöglicht, in einem weiteren Schritt des Projektes zu bewerten, mit welchem Aufwand, Qualität und Kosten eine Verbesserung im Sinne des Endberichtes erreicht werden kann. Das Ergebnis soll eine Gegenüberstellung beider Varianten sein, um die weiteren notwendigen Entscheidungen treffen zu können.

Sehr geehrte Damen und Herren! Der größte Knackpunkt bei den Budgetverhandlungen war der Bereich der Förderungen für die Landwirtschaftskammer. Das KDZ wurde beauftragt das Verhältnis zwischen tatsächlichen Leistungen und der Förderhöhe aufgrund der Unterlagen aus der Landwirtschaftskammer herauszufiltern. Der Bericht des KDZ ergab eine Überförderung von mehreren hunderttausend Euro.

Unter der Voraussetzung, dass die Zahlen stimmen und ein Leistungsvertrag mit der Landwirtschaftskammer auf Basis des Bundesvertrages abgeschlossen wird, werden für heuer die budgetierten Summen an die Landwirtschaftskammer ausbezahlt. Bei einer allfälligen Nichtnachvollziehbarkeit und damit Nichtanerkennung sind entsprechende Mittel rückzufordern. Vor dem Abschluss eines Leistungsvertrages sollen jedoch noch vertiefende Untersuchungen des KDZ durchgeführt werden. Einen Vertrag vorerst auf ein Jahr abzuschließen und anschließend zu evaluieren, wäre sicherlich ein Schritt zu noch besseren Erfahrungswerten.

Veränderungsbedarf wurde ebenso bei den landwirtschaftlichen Fachschulen geortet. Die Landwirtschaftliche Fachschule in Güssing soll durch einen Ausbau zu einem modernen Kompetenzzentrum im Agrarbereich aufgewertet werden. Um die hohen Investitionskosten bereitstellen zu können, ist es notwendig in anderen Bereichen Strukturveränderungen zu tätigen. Sinnvoll wäre hier zweifellos, die Fachschule Neusiedl in die Fachschule Eisenstadt zu integrieren.

Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Attraktivierung und Erhaltung des Wirtschaftsstandortes Burgenland, die Belebung der Wirtschaft, sowie die Schaffung und Absicherung neuer Arbeitsplätze, sind ein wesentliches Anliegen dieser Landesregierung.

Der "Burgenland-Fonds für Arbeit und Wirtschaft" wird zur Förderung der Qualifikation von Arbeitskräften, zur Förderung der Burgenländischen Wirtschaft und für die Verbesserung der Infrastruktur beitragen. Auf diesem Weg werden zusätzlich jährlich sieben Millionen Euro an Fördermittel zur Verfügung stehen.

Dieser Fonds ist ein weiterer wichtiger Mosaikstein für den Aufstieg des Burgenlandes. Ich denke, dass wir damit ein großes Vorhaben bereits im ersten Jahr nach der Wahl umgesetzt haben und dass der Burgenländische Fonds für Arbeit und Wirtschaft eine sinnvolle Ergänzung zu den Fördermöglichkeiten im Rahmen des Phasing Out darstellen wird.

Die Basis für die Realisierung dieses Fonds wurde bereits Anfang März dieses Jahres mit der Gründung der "Burgenland Holding GmbH", einer hundertprozentigen Tochter des Landes, gelegt. Die Beteiligungen des Landes an der BEWAG, der WiBAG, der BELIG, des Schloss Esterhazy Managements und der Kurbad Tatzmannsdorf AG wurden dem Land von der Burgenland Holding mit 223 Millionen Euro abgelöst.

Durch diese Zusammenführung können die Gewinne einzelner Gesellschaften mit der Zinsbelastung und den Verlusten beziehungsweise Verlustvorträgen anderer Gesellschaften der Burgenland Holding im Rahmen der Gruppenbesteuerung gegenverrechnet werden, wodurch eine jährliche Steuerersparnis von zirka 7,5 Millionen Euro entsteht, was der Tilgungsrate der BLH für den Kredit entspricht.

Das Land Burgenland ist durch die Gründung der Burgenland Holding in der Lage, alle steuertechnischen Möglichkeiten in diesem Bereich für das Land zu nutzen.

Aufgrund der vorhin genannten Einnahmen kann im Nachtragsvoranschlag 2006 die „Innere Anleihe“ in der Gesamthöhe von 144,5 Millionen Euro vollkommen getilgt und der Gesamtschuldenstand des Landes daher um diesen Betrag reduziert werden.

Seitens des Landes werden 225 Millionen Euro veranlagt. Der Beteiligungserlös wurde über den Kapitalmarkt unter Nutzung einer Landeshaftung für bestmögliche Finanzierungsbedingungen bei der Kommunalkredit Austria AG mit einer Zielrendite von mindestens vier Prozent fremdfinanziert und vom Land steuerschonend bei minimalem Risiko veranlagt.

Ziel der langfristigen und stabilen Veranlagung, die ausschließlich in den obersten Bonitätssegmenten erfolgt, ist es, jährlich die vorhin erwähnten sieben Millionen Euro an zusätzlichen Fördermöglichkeiten für die Arbeitnehmer und die Wirtschaft des Burgenlandes zu erhalten.

Hohes Haus! „Neues umsetzen“ wollen wir im kommenden Jahr auch im Straßenbau. Lärmgeplagte Anrainer an Durchzugsstraßen können seit heuer erstmals auch für den Bereich der Landesstraßen L um eine Förderung von Lärmschutzfenstern ansuchen.

Dem Bereich der Verkehrssicherheit wird von Seiten der Straßenverwaltung besonderes Augenmerk gewidmet. Dazu gehört die Beseitigung und Entschärfung von Unfallhäufungspunkten durch den Bau von Kreisverkehren ebenso wie die Beleuchtung von Schutzwegen oder der Austausch von Leitschienen.

Mehr Sicherheit für Motorradfahrer soll ein neuartiger Unterfahrschutz bei Leitplanken bringen. Ein entsprechendes Pilotprojekt wurde gemeinsam mit dem Motorradclub „Red Biker Burgenland“ für die Straße über den Geschriebenstein entwickelt und wird im Frühjahr 2007 umgesetzt. Eine innovative und noch dazu umweltfreundliche Konstruktion soll die Verletzungsgefahr beim Anprall an Leitplankenstehern minimieren.

Mit den Umfahrungen von Dürnbach-Schachendorf und Oberwart sind zwei wichtige Projekte in Arbeit, die für ein intelligentes Leiten der internationalen Verkehrsströme und weniger Verkehrsbelastung in den Ortskernen sorgen werden.

Neuerungen in der Erhaltung des hochrangigen Straßennetzes betreffen vor allem jene Mitarbeiter der burgenländischen Straßenverwaltung, die aufgrund des Personalüberlassungsgesetzes an die Service Gesellschaft Ost der ASFINAG dienstzugeteilt wurden. Die Personalkosten werden dem Land refundiert.

Hohes Haus! Park&Ride-Plätze sowie Taktknoten im Bus- und Bahnbereich tragen dazu bei, die Verlagerung des motorisierten Individualverkehrs auf Bus und Bahn zu fördern und Fahrgemeinschaften zu begünstigen. Sie sind gute Einrichtungen, um den Verkehr ökologischer, sicherer und für die Pendler wirtschaftlich effizienter zu gestalten.

Es ist gelungen, dies in den letzten Jahren durch den verstärkten Bau solcher Anlagen vermehrt bewusst zu machen. Diese Angebote werden daher von den Pendlern in größerem Ausmaß als früher genutzt. Eine entsprechende Bedarfserhebung wurde bereits vor vier Jahren durchgeführt und in das Gesamtverkehrskonzept des Burgenlandes aufgenommen. Alle diese damals geforderten Anlagen sind bereits umgesetzt. Darüber hinaus wurden noch viele zusätzliche Parkmöglichkeiten von Seiten des Landes oder von einzelnen Gemeinden errichtet.

Die Forcierung und der Ausbau des öffentlichen Personen- und Nahverkehrs durch das Land Burgenland wird auch in Zukunft ein großes Anliegen der Landesregierung sein. Maßnahmen wie die Mitfinanzierung an neuen Eisenbahngarnituren werden ebenso weiter geplant und durchgeführt wie die Beteiligung an Elektrifizierungen von Bahnstrecken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Burgenland hat sich zum wachstumsstärksten Bundesland Österreichs entwickelt. Ein Bereich, der sich besonders erfolgreich entwickelt hat, ist die Nutzung erneuerbarer Energie. Mit der Windkraft im Norden und der Biomasse im Süden des Landes gelingt es bereits heute, mehr als 60 Prozent des heimischen Strombedarfs aus erneuerbarer Energie abzudecken.

Unser visionäres Ziel ist es, das Burgenland zur energieautarken Region zu machen und bis 2013 100 Prozent des Strombedarfs aus erneuerbarer Energie abzudecken. Damit bleibt die Wertschöpfung in der Region, damit schaffen wir neue und moderne Arbeitsplätze im Land. *(Beifall bei der SPÖ)*

Wir setzen dabei nicht nur auf Windkraft und Biomasse, sondern wollen Photovoltaik und Solarenergie in Güssing beziehungsweise Pinkafeld ebenso forcieren.

Dadurch wird das Südburgenland insgesamt als Zentrum der erneuerbaren Energie weiter aufgewertet.

Bei der Erstellung des Phasing Out-Förderprogramms war es uns sehr wichtig, dass erneuerbare Energie ein Schwerpunkt ist. Dafür wurden auch die Gelder für die grenzüberschreitenden Projekte aufgestockt. Das heißt, aus diesem Topf wird es ebenfalls finanzielle Mittel für den Bereich erneuerbare Energie geben. Für eine sinnvolle territoriale Zusammenarbeit wäre es notwendig, dass für den gesamten Euregio-Raum ein gemeinsames Energiekonzept erarbeitet wird. Das Burgenland kann dafür ein erfahrener Ideengeber sein.

Mit dem Ausbau der Vorreiterrolle bei der Nutzung erneuerbarer Energie wird das Burgenland zunehmend zum Standort einer innovativen Zukunftstechnologie.

Saubere Energie ist uns genauso ein Anliegen wie saubere Luft. Im Bereich der Luftreinhaltung wollen wir in den nächsten Jahren die Qualität unserer Luft weiter verbessern. Zu diesem Zweck werden wir unser Messnetz von Luftgütemessstationen weiter modernisieren und ausbauen. Gleichzeitig werden wir uns auch hier durch grenzüberschreitende Maßnahmen für eine nachhaltige Verbesserung der Luftqualität im pannonischen Raum einsetzen.

Eine geordnete Abwasserentsorgung, die Sicherung einer ausreichenden Wasserqualität der Fließgewässer, sowie weitere Maßnahmen zur Abfallvermeidung und Wiederverwertung werden auch in Zukunft zur Bewahrung einer intakten Umwelt beitragen.

Umwelt-, Natur- und Landschaftsschutz liegen uns ebenso am Herzen wie der Tierschutz. Mit dem Bau des Tierschutzhauses Nord werden wir die Möglichkeit schaffen, herrenlosen Tieren eine adäquate Unterkunft bereitzustellen. Die Finanzierung dafür ist gesichert. Somit kann das Tierschutzhaus nach modernsten Gesichtspunkten umgesetzt werden.

Artgerechte Tierhaltung ist in der Landwirtschaft von ebenso großer Bedeutung wie das Bekenntnis zu einer gentechnikfreien Produktion. Biolandwirtschaft wird daher in den kommenden Jahren die burgenländische Agrarpolitik prägen. Gezielte Vermarktungsstrategien sollen die Konsumenten auf landwirtschaftliche Produkte aus dem Burgenland aufmerksam machen.

Herr Präsident! Hohes Haus! Die Wohnbauförderung ist für das Bau- und Baunebengewerbe ein wichtiger Motor. Als soziales Instrument für leistbares Wohnen ist sie somit in zweierlei Hinsicht von enormer Bedeutung für unsere Gesellschaft.

Das Land Burgenland hält eine Vielzahl von hypothekarisch besicherten Wohnbaudarlehen mit einem derzeitigen Nominale von zirka 970 Millionen Euro. Diese bringen regelmäßig Rückflüsse an das Land. Ab dem Jahr 2007 ist eine Restrukturierung der Rückflüsse einhergehend mit einer Maastricht-schonenden Wirkung geplant.

Ziel ist es, die Rückflüsse aus den bestehenden Wohnbaudarlehen derart zu strukturieren, dass das Land langfristig über einen jährlichen Liquiditätsrahmen für die Wohnbauförderung verfügt und gleichzeitig eine Optimierung aus Maastricht-Einnahmen erreicht wird. Dadurch wird eine langfristige Absicherung der Wohnbauförderung gewährleistet.

Ein weiterer Vorteil der Restrukturierung wird darin liegen, dass es sich um keinen Verkauf und auch um keine Zession handelt. Es werden lediglich Rückflüsse der Wohnbauförderung verwendet. Die Zinsen verbleiben beim Land. Eine begünstigte Rückzahlungsaktion des Landes soll genauso weiterhin möglich sein wie für die Darlehensnehmer keine Änderung ihrer Situation eintreten wird.

Hohes Haus! Mit dem geplanten Bau der Seewinkel-Therme wird auch das Nordburgenland an den Gesundheits- und Wellnesstourismus der Landesmitte und des Südens anschließen können. Mit unseren Thermen wurden Betriebe geschaffen, die Gäste ins Land bringen und unser Land weithin bekannt machen.

Das Burgenland will seinen Anteil am nach wie vor anhaltenden Wellness- und Gesundheitsboom sichern. Qualitätsoffensiven zur Stärkung unserer Klein- und Mittelbetriebe im Bereich der Angebotsentwicklungen, der Qualifizierungen und auch der Kooperationen sind das Fundament für einen erfolgreichen Tourismus. Zukunftsweisendes Marketing und touristische e-commerce-Lösungen zum Nutzen der Betriebe und der Tourismuswirtschaft werden forciert.

Dazu ist es auch notwendig, die Neusiedler See Tourismus GmbH, in der es derzeit 26 Gesellschafter gibt, enger mit dem Landesverband Burgenland Tourismus zu verknüpfen. Auch bei der Thermenwelt GmbH ist der Landesverband als Gesellschafter in Entscheidungsprozesse eingebunden, um eine Effizienzsteigerung der eingesetzten Geldmittel zu ermöglichen.

Die Thermen werden ganzjährig von Familien und Senioren ebenso gerne genutzt wie von vielen Profisportlern. Auch während der Fußball-EM 2008 werden sie hoffentlich einigen internationalen Mannschaften Entspannungen zwischen den Spielen bringen. Dieses große Sportereignis schlägt sich bereits im kommenden Jahr an mehreren Stellen im Landesvoranschlag zu Buche. Im Umfeld der EM wollen wir unser Burgenland günstig positionieren.

Durch eine entsprechende Vermarktung und Bewerbung können wir die Marke von drei Millionen Nächtigungen bis 2013 erreichen. Dabei ist das Konzept „Zukunftsstrategie Burgenland-Tourismus 2010“ im Auge zu behalten, wo eine Ausweitung der Tourismusoffensive auf Kleinstbetriebe angestrebt wird. Dadurch soll eine Qualitätssteigerung bei touristischen Klein- und Kleinstbetrieben erreicht und gleichzeitig die von unseren Gästen geschätzten Qualitätsstandards unserer Gastronomie und Hotellerie gehalten und ausgebaut werden.

Sehr geehrte Damen und Herren! Zu einem schönen Urlaubsland gehören zumindest genauso eine intakte Umwelt und belebte Gemeinden. Im Rahmen der Dorferneuerung werden Projekte zur Erhaltung unserer Kulturgüter ebenso umgesetzt wie zur Aufrechterhaltung und Belebung des Brauchtums und unserer Traditionen.

Schwerpunkte für die Dorferneuerung wurden in einer Lokalen Agenda 21 (LA21) definiert und sollen mit dazu beitragen, den ländlichen Raum im 3. Jahrtausend weiterzuentwickeln.

Dabei wollen wir für eine nachhaltige Entwicklung in allen Bereichen des Lebens vorsorgen. Die Dörfer sind die Lebenseinheiten in unserem Land. Sie gilt es als Grundlage unserer Gesellschaft auch für die kommenden Generationen zu erhalten und zu fördern.

Zu diesem Zweck wurden im heurigen Jahr die Richtlinien für die Dorferneuerung geändert, welche mit 1. Jänner 2007 in Kraft treten. Damit ist gewährleistet, dass zeitgerechte Inhalte auch dementsprechend in der Dorferneuerung gefördert werden können.

Zur Belebung der Dörfer und Gemeinden trägt die Vielzahl an Vereinen in unserem Land wesentlich bei. Sie bilden eine enorme Belebung im gesellschaftlichen und kulturellen Leben. Darüber hinaus leisten sie unbezahlbare Arbeit dafür, dass unser Land lebenswert bleibt und zum Beispiel Kultur stattfinden kann.

Eine große Anzahl an großen und kleinen Kulturveranstaltern und Initiativen ist jährlich damit beschäftigt, uns und unseren Gästen ein abwechslungsreiches und interessantes Kulturprogramm anzubieten. Ein besonderes Jubiläum feiern 2007 die Seefestspiele in Mörbisch. Seit 50 Jahren ziehen sie mit Operette vom Feinsten tausende Besucher an den Neusiedler See. Die Umwegrentabilität für die Wirtschaft und den Tourismus durch alle Kulturveranstaltungen liegt bei weit mehr als 100 Millionen Euro jährlich.

Neu in der Kulturszene ist das im Herbst eröffnete Lisztzentrum in Raiding. Mit dem neuen Konzerthaus und einem entsprechenden Programm wollen wir die Liszt-Pflege im Burgenland intensivieren und ausbauen. Die Neugestaltung und Modernisierung des angrenzenden Liszt-Museums wird das Zentrum um das Leben und Werk des bedeutenden Komponisten und Virtuosen bereichern. Für die Organisation des Hauses werden die Burgenländischen Kulturzentren zuständig sein.

Fördern wollen wir nicht nur die großen alten Meister Liszt und Haydn, sondern vor allem auch die junge, zeitgenössische Kunst im Burgenland. Eine Vielzahl an Wettbewerben und Stipendien gibt jungen KünstlerInnen die Möglichkeit sich zu präsentieren. Die seit Jahren praktizierte Kunstförderung durch Ankäufe des Landes unterstützt Galerien ebenso wie die KünstlerInnen selbst.

Sehr geehrte Damen und Herren! Das Bildungs- und Ausbildungswesen muss auch in Zukunft berufsorientiert auf die Chancen am Arbeitsmarkt ausgerichtet sein. Bildung und Qualifikation sind zentrale Komponenten einer vorausblickenden Arbeitsmarktpolitik. Wir wollen daher in diesem Bereich unsere engagierte Politik der letzten Jahre fortsetzen und forcieren.

Lebenslanges Lernen, das heißt ständiges Anpassen an das Berufsleben begleitet den Wandel unserer Gesellschaft und der Arbeitswelt des 21. Jahrhunderts. Die Erwachsenenbildung ist ein Bereich, der den Erfordernissen von heute Rechnung trägt.

Das Land hat Vorsorge für eine Absicherung des Erwachsenenbildungsbereichs getroffen. Dafür sind die Mittel in der kommenden EU-Förderperiode um 92 Prozent erhöht worden. Das im Umbau befindliche Bildungshaus des Volksbildungswerks soll in Zukunft auch der allgemeinen burgenländischen Erwachsenenbildung zur Verfügung stehen und wertvolle Impulse für die Entwicklung der Region liefern. Gleichzeitig ist damit ein Beitrag dafür geleistet, dass die Menschen der Region dazu befähigt werden, im Sinne einer eigenständigen Regionalentwicklung tätig zu sein.

Durch eine Kooperation mit der Hochschule für Musik und Darstellende Kunst in Bratislava wurde die Ausbildung am Joseph Haydn Konservatorium in Eisenstadt auf neue sichere Füße gestellt. Diese Zusammenarbeit war notwendig geworden, weil die

Konservatorien der Gebietskörperschaften nach der „Bologna Declaration“ der EU-Mitgliedsländer zwar als postsekundäre Bildungseinrichtungen anerkannt wurden, zur Verleihung von akademischen Titeln aber nicht berechtigt sind. Auch im Österreichischen Universitätsgesetz wurde verabsäumt, dies entsprechend zu berücksichtigen.

Die StudentInnen aus Eisenstadt können nun ihren akademischen Abschluss über die Hochschule in Bratislava in der Form erlangen, dass sie den Unterricht weiterhin in Eisenstadt genießen und hier die Prüfung vor einer Kommission aus beiden Institutionen ablegen.

Vor etwas mehr als zehn Jahren ist mit der Etablierung der Fachhochschul-Studiengänge jungen Menschen im Burgenland erstmals eine attraktive Alternative zu einem Universitäts-Studium in Wien oder Graz eröffnet worden, die von den Absolventen wie von der Wirtschaft äußerst positiv aufgenommen wird. Heute verfügen wir mit den Standorten in Eisenstadt und Pinkafeld über universitäre Bildungseinrichtungen, die zu den besten in ganz Österreich zählen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Die Fachhochschul-Studiengänge Burgenland haben sich in den letzten Jahren ausgesprochen gut entwickelt. In der angewandten Forschung konnten viele Projekte erfolgreich umgesetzt werden. Die Umstrukturierung in die neue europäische Hochschularchitektur, in Bachelor- und Masterstudiengänge wurde erfolgreich abgeschlossen. Neue Studienangebote wie etwa „Weinmanagement“ oder „Nachhaltige Energiesysteme“ forcieren das berufs begleitende Studieren.

Hohes Haus! Das Burgenland hat durch seine verschiedensprachigen Volksgruppen und seine geographische Lage an der Schnittstelle mehrerer Kulturen und Sprachen sehr gute Voraussetzungen dieses Potential zu nutzen. Bereits vom Kindergarten an soll daher eine bilinguale Erziehung stattfinden.

Mit 98 Prozent Betreuungsquote bei den Drei- bis Fünfjährigen liegt das Burgenland im Spitzenfeld Österreichs. Mit der Novelle des Kindergartengesetzes ist die Möglichkeit geschaffen worden bedarfsgerechte, flexible Lösungen anzubieten. Das heutige Kinderbetreuungssystem muss sich an die moderne Arbeitswelt anpassen und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen.

Gemeinsame, bedarfsorientierte Lösungen auf freiwilliger und partnerschaftlicher Basis zwischen Eltern, Erhaltern von Betreuungseinrichtungen, Betreuungspersonen, Gemeinden und das Land werden daher forciert und genehmigt.

Das Burgenland verfügt über eine vielfältige Bildungslandschaft, eine dichte und hochwertige schulische Infrastruktur und ein weites Weiterbildungsangebot. Dieses qualitätsvolle und für alle zugängliche Bildungsangebot gilt es zu sichern und weiter zu entwickeln.

Im Verwaltungsbereich wird es notwendigerweise zu Strukturveränderungen kommen. Die freiwerdenden Kapazitäten beziehungsweise Geldmittel werden für unsere Kinder und Schulen verwendet, wobei auch die Besonderheiten unseres kleinstrukturierten Schulsystems abgesichert werden müssen.

Festhalten wollen wir auch an der dualen Lehrlingsausbildung in Betrieb und Schule. Theorie und Praxis kennzeichnen eine erfolgreiche Berufsausbildung in allen

Bereichen. Lernen in einem authentischen Umfeld lässt bereits während der Ausbildung die Anforderungen der Berufswelt erkennen.

Die Jugendförderung wird in Summe etwa gehalten, so dass auch für das Jahr 2007 entsprechende Unterstützungen gewährt werden können. Ganz im Sinne des Prinzips „Unterstützung zur Eigeninitiative“ wird die Basisförderung für die Jugendorganisationen deutlich erhöht. Insgesamt ermöglicht das Budget 2007 eine Fülle von Initiativen und Projekten für und mit der Jugend des Burgenlandes. Einen besonderen Schwerpunkt wollen wir im kommenden Jahr auf die Themen Jugendbeschäftigung und Suchtprävention legen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Der Trend laufend steigender Ausgaben im Bereich der Sozialhilfe, insbesondere bei der stationären Altenhilfe, ist deutlich erkennbar. Die demographische Entwicklung bringt einen Anstieg der hochaltrigen Bevölkerung und dadurch klarerweise auch einen erhöhten Pflegebedarf mit sich.

Der Ausbau des Pflegebereiches startete im Burgenland von einem relativ niedrigen Niveau. Allein in den letzten fünf Jahren konnten 442 Pflegeplätze in 14 Einrichtungen geschaffen werden.

Stationäre Einrichtungen werden auf einem baulichen Standard errichtet, der vor einem Jahrzehnt noch nicht die Regel war. Einbett- und Zweibettzimmer dominieren die neu geschaffenen Kapazitäten, was einerseits den zu Pflegenden zugute kommt, andererseits die Errichtung und auch den Betrieb verteuert.

Im Vollbetriebsjahr 2007 werden für die vier im letzten Jahr geschaffenen Heime zusätzlich rund 2,5 Millionen Euro an Mehrausgaben zu erwarten sein.

Ähnliches gilt auch für den Behindertenbereich. Wir haben die Verpflichtung, Menschen mit Behinderungen nach dem zeitgemäßen Standard zu versorgen. Ihre Anzahl steigt laufend und immer öfter ist eine Betreuung von der Geburt bis zum Tode notwendig. Die Wohnunterbringung von Behinderten wird das Burgenland zukünftig noch verstärkt fordern, da viele Eltern vermehrt selbst dazu psychisch und physisch nicht mehr in der Lage sind.

In den Jahren seit Beschlussfassung des Psychiatrieentwicklungsplanes „Psychiatrie Burgenland 2000“ konnte die flächendeckende ambulante Versorgung der Burgenländischen Bevölkerung sukzessive verbessert werden. In einigen Bereichen (betreute Wohnformen, nachgehende Betreuung zuhause, Senkung der Suizidraten) gehört das Burgenland mittlerweile zu den führenden Bundesländern.

In anderen Teilen – zum Beispiel fachärztliche Versorgung des PSD – besteht noch ein Nachholbedarf. Dieser Nachholbedarf kann durch die in Aussicht genommene Erhöhung des Landeszuschusses auf 660.000 Euro abgedeckt werden. Ab dem Jahr 2007 kann somit von einer flächendeckenden ambulanten Vollversorgung des Burgenlandes gesprochen werden. Zwei weitere Fachärzte werden dafür mit Unterstützung des Landes finanziert.

Die zusätzlichen Aufwendungen für die ambulante Kinder- und Jugendpsychiatrische Versorgung des Nordburgenlandes werden aus Mitteln des Reformpools, der Burgenländischen Gebietskrankenkasse sowie in Kooperation mit dem Heilpädagogischen Zentrum Rust abgedeckt.

Das Burgenländische Rettungsgesetz regelt die Besorgung der örtlichen und überörtlichen Rettungsdienste durch Leistung eines jährlichen Rettungsbeitrages. Für den Zeitraum von 1. Jänner 2006 bis zum 31. Dezember 2008 wurde dieser mit 4,90 Euro pro Einwohner festgesetzt. Durch die Erhöhung des Rettungsbeitrages sind für das Land und die Gemeinden deutliche Mehrausgaben entstanden. Das Rote Kreuz hat allerdings deponiert, dass es mit dieser Erhöhung wegen der Kosten für die Zivildienstler, nicht das Auslangen finden wird.

Deutlich steigen werden auch die Mittel für die Sicherstellung des Notarzhubschrauber Rettungsdienstes, da der vereinbarte Pauschalbetrag wertgesichert ist.

Der Sicherheitsbereich hat nicht nur in der Bevölkerung, sondern auch in der burgenländischen Landespolitik einen hohen Stellenwert. Dies drücken auch die Zahlen des Landesvoranschlages 2007 aus. Feuerwehrwesen und Katastrophenschutz werden finanziell leicht höher ausgestattet als bisher. Die Schaffung der Landessicherheitszentrale, die ebenfalls ihren Niederschlag im Budget findet, wird zur effizienteren Koordinierung der Blaulichtorganisationen beitragen.

Hohes Haus! Die Gesellschafts- und Familienpolitik von heute ist mehr denn je dazu aufgerufen, der Schaffung eines kinder- und familienfreundlichen Umfeldes oberste Priorität einzuräumen. Wichtig ist, dass wir den Familien auch in den nächsten Jahren möglichst gute Rahmenbedingungen bieten können, damit wir auch in Zukunft die Lebensqualität der Familien in unserem Land verbessern. *(Beifall bei der SPÖ)*

Mit den zur Verfügung stehenden Familienleistungen wie „Familienbonus“, „Familienauto“, „Schulstarthilfe“, „Familienförderung bei Mehrlingsgeburten“ sowie „Familienpass“ konnten wir Neuerungen setzen.

Der Ausbau der Kinderbetreuung, bessere Bedingungen für Alleinerzieher, Elternbildung, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie die Ausweitung der familienfördernden Maßnahmen durch die Einführung eines Kinderbetreuungszuschusses werden Schwerpunkte der Familienpolitik der nächsten Jahre sein.

Frauenpolitik und Fragen der Gleichstellung zwischen Frauen und Männern nahmen in den letzten Jahren in unserer Gesellschaft einen immer größeren Stellenwert ein.

Das Frauenbüro wird auch in Zukunft verstärkt daran arbeiten, Rahmenbedingungen zu schaffen, um Frauen mit oder ohne Familie eine eigenständige Existenz und den Mädchen und jungen Frauen eine gesicherte Zukunft zu ermöglichen. Mit den Arbeitsschwerpunkten des Frauenbüros in den Bereichen gleiche Bildungs- und Ausbildungschancen, gleicher Lohn für gleichwertige Tätigkeiten, familiengerechte Arbeitszeiten sowie Vereinbarkeit von Familie und Beruf können nachhaltige Verbesserungen der Lebenssituationen von Frauen geschaffen werden. *(Beifall bei der SPÖ)*

Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Landesregierung hat heuer erstmals ein Doppelbudget für die Jahre 2007 und 2008 ausverhandelt, weil wir davon überzeugt sind, dadurch längerfristig und besser planen zu können.

Laut Geschäftsordnung ist es jedoch nur möglich den Voranschlag für das jeweils kommende Jahr dem Landtag vorzulegen. Daher können Sie in drei Wochen auch nur das Budget für 2007 beraten und beschließen.

Was ich Ihnen bereits für beide Landesvoranschläge sagen kann, ist, dass beide ausgeglichen sind. Wir setzen also unser Vorhaben ausgeglichen zu budgetieren und zu bilanzieren wohlüberlegt fort.

Mit dem Budgetentwurf 2007 können unsere grundsätzlichen budget-, beschäftigungs-, bildungs-, wirtschafts- und sozialpolitischen Überzeugungen und Wünsche umgesetzt werden.

Das Burgenland konsolidiert seinen öffentlichen Haushalt, in dem ausgeglichene Budgets angestrebt und auch tatsächlich verwirklicht werden, der Schuldenstand vermindert und den Verpflichtungen nach dem Stabilitätspakt ohne Einschränkung nachgekommen wird. Wir gestalten solide budgetäre Voraussetzungen für eine aktive und nachhaltige Politik im Burgenland. *(Beifall bei der SPÖ)*

Wurde noch im Landesbudget 2006 ein voraussichtlicher Schuldenstand in Höhe von 353,8 Millionen Euro ausgewiesen, wird durch die Tilgung der „Inneren Anleihe“ in der Höhe von 144,5 Millionen Euro ein Schuldenstand von 206,8 Millionen Euro erreicht. Das bedeutet eine Reduktion des Schuldenstandes von mehr als 40 Prozent. Ermöglicht wurde diese Reduktion durch die Gründung der Burgenländischen Landesholding und der damit verbundenen Einnahmen.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf den Nachtragsvoranschlag 2006 besonders hinweisen, wo enorme Leistungen für das Land erbracht werden.

Mit einer zusätzlichen Ausgabensumme von 577 Millionen Euro, die unter anderem durch die Privatisierung der Bank Burgenland, die Gründung der Burgenländischen Landesholding, die Erlöse aus der BELIG, den Verkaufserlös aus den Genossenschaftsdarlehen, sowie durch Mehreinnahmen bei den Ertragsanteilen zustande gekommen sind, hat das Land eine Vielzahl seiner brennendsten Probleme lösen können.

So wurde der Verpflichtung aus dem Bank Burgenland-Erbe in Höhe von 301 Millionen Euro nachgekommen, der Schuldenstand um die „Innere Anleihe“ reduziert, Mehrausgaben im Sozialbereich abgedeckt bis hin zur Erhöhung des Rettungsbeitrages. *(Beifall bei der SPÖ)*

Hohes Haus! Vor Ihnen liegt ein mehrere 100 Seiten umfassendes Zahlenwerk, das die Arbeit der Landesregierung im kommenden Jahr nicht nur symbolisiert, sondern vor allem möglich macht.

Ich habe in meinen Ausführungen bisher Ziffern, Beträge und Summen ziemlich vermieden. Jede einzelne Budgetposition liegt Ihnen mit dem Landesvoranschlag 2007 vor.

Die wichtigsten Eckdaten sollen dennoch genannt sein:

Der Landesvoranschlag 2007 sieht im Ordentlichen Haushalt Einnahmen von insgesamt 909,3 Millionen Euro und Ausgaben in gleicher Höhe vor. Die Einnahmen und Ausgaben im Außerordentlichen Haushalt betragen jeweils 28,9 Millionen Euro.

Folglich weist der Gesamthaushalt für 2007 Einnahmen und Ausgaben von je 938,2 Millionen Euro aus. Die Fondsgebarung ist mit Einnahmen und Ausgaben von je 6,4 Millionen Euro ebenfalls ausgeglichen.

An den Maastricht-Kriterien gemessen, führt der Voranschlag für das Jahr 2007 zu einem Überschuss von insgesamt 40,4 Millionen Euro. Das Burgenland wird damit seinen Verpflichtungen nach dem Stabilitätspakt im Jahresdurchschnitt nachkommen.

Ich habe bei der Budgeterstellung heuer besonders darauf geachtet, dass die Anforderungen aus den einzelnen Ressorts mit den tatsächlichen Ausgaben und Einnahmen der vergangenen vier Jahre verglichen wurden und so eine noch höhere Budgetwahrheit erreicht werden konnte.

Dadurch ist es möglich, dort zu sparen, wo es machbar ist, und an jenen Stellen Erhöhungen vorzunehmen, wo es unumgänglich ist, wie etwa bei gesetzlich geregelten Pflichtausgaben. Mehrausgaben in anderen Bereichen konnten nur bei gleichzeitigen Mehreinnahmen berücksichtigt werden.

Unser Ziel ist es, den „Rücklagenkreislauf“ zu durchbrechen, da Rücklagenentnahmen keine echten Einnahmen sind und sich vor allem im Sinne der Maastricht-Kriterien negativ zu Buche schlagen.

Das Landesbudget hat den Erfordernissen der Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit gerecht zu werden. Mit dem Voranschlag für das Haushaltsjahr 2007 haben wir diese Anforderung erfüllt.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn ich Ihnen heute als Finanzreferent des Landes den Landesvoranschlag für 2007 vorlege, so möchte ich bewusst darauf hinweisen, dass die Budget-Erstellung nicht die Sache eines Einzelnen, sondern nur im Team möglich ist.

Daher danke ich besonders dem Herrn Landeshauptmann und dem Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter, sowie meinen Kolleginnen und Kollegen in der Regierung, sowie dem Herrn Landtagspräsidenten für die konstruktiven und fairen Verhandlungen zum Landesvoranschlag 2007. Durch den gemeinsamen Willen zur Umsetzung und Finanzierung des Regierungsprogramms war es uns möglich, diesen Voranschlag zu erstellen.

Das Ergebnis ist der nun vorliegende siebente ausgeglichene Landesvoranschlag in Folge. Trotz des schwierigen wirtschaftlichen Umfeldes haben wir es in der Vergangenheit geschafft, keine neuen Schulden zu machen und daran wollen wir auch festhalten.

Für ihre tatkräftige Unterstützung bei der Erstellung des Budgets und der Fortführung des Finanzplanes möchte ich vor allem den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Abteilung 3, insbesondere den Kolleginnen und Kollegen im Hauptreferat „Finanzverwaltung, Haushaltswesen und Kostenrechnung“ und meines Büros herzlich danken, die wieder ihre ganze Erfahrung und Energie in die Erstellung dieses Budgets einfließen ließen. *(Beifall bei der SPÖ und des Abg. Lentsch)*

Einen Landesvoranschlag zu gestalten und zu erstellen wäre aber auch ohne alle übrigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes der Burgenländischen

Landesregierung in den einzelnen Abteilungen undenkbar. Dafür sage ich Ihnen ebenso Dank wie für den verantwortungsvollen und sparsamen Umgang mit den öffentlichen Mitteln. Sinnvolles Sparen ist sowohl in der Planung als auch in der Umsetzung des Budgets ein Gebot der Stunde.

Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben uns zum Ziel gesetzt, durch Straffung der Strukturen und durch Überdenken von alten Mustern die Effizienz im Verwaltungsablauf bzw. in der Organisation zu steigern und Neues umzusetzen! Der Titel der Budgetrede soll unterstreichen, wie ernst es uns mit den Reformen und Strukturveränderungen ist und dass wir sie auch tatsächlich umsetzen werden.

Mit dem Landesvoranschlag 2007 und dem modifizierten mittelfristigen Finanzplan knüpfen wir an den erfolgreichen Weg des Burgenlandes an. Ich möchte Sie abschließend daher ersuchen, den Landesvoranschlag 2007 und die 1. Fortschreibung des Finanzplanes 2006 bis 2010 zu beraten und ihnen Ihre Zustimmung zu erteilen. *(Beifall bei der SPÖ, ÖVP und den Grünen)*

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

Präsident Walter Prior: Ich danke dem Herrn Landesfinanzreferenten. Die Regierungsvorlagen Zahl 19 - 209, Beilage 327, und Zahl 19 - 210, Beilage 328, weise ich dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss zu.

Die Tagesordnung ist erledigt.

Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung des Landtages werden rechtzeitig schriftlich bekannt gegeben werden. Ich möchte allerdings anmerken, dass die nächste Sitzung, und zwar die Festsitzung aus Anlass der 85-jährigen Zugehörigkeit des Burgenlandes zur Republik Österreich, am 30. November 2006, vorgesehen ist. Der Budgetlandtag ist für den 13. und 14. Dezember 2006 vorgesehen.

Außerdem möchte ich darauf aufmerksam machen, dass die für heute vorgesehene Präsidialkonferenz um 19 Uhr 45 Minuten stattfindet.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss der Sitzung: 19 Uhr 34 Minuten